

# ZUR DISKUSSION

DDS – Die Deutsche Schule  
105. Jahrgang 2013, Heft 3, S. 305-321  
© 2013 Waxmann

---

Klaus Hurrelmann

## **Thesen zur Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten 20 Jahren**

Überprüfung und Fortschreibung der Thesen in  
„Die Deutsche Schule“ von 1988

---

### **Zusammenfassung**

*In einem Aufsatz in der Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ habe ich in Heft 4 des Jahrgangs 1988, also vor 25 Jahren, „Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten fünf bis zehn Jahren“ zur Diskussion gestellt. In diesem Beitrag fasse ich im ersten Teil die Thesen in ihrer Essenz zusammen, sodass die Kernaussagen zu Strukturentwicklungen deutlich werden. Es handelte sich nicht nur um feststellende Thesen, die eine Einschätzung bestehender Trends und eine Prognose künftiger Entwicklungen beabsichtigten, sondern auch um normative Aussagen mit dem Charakter von Handlungsempfehlungen an die Bildungspolitik, die eine Reaktion auf die zu erwartenden Trends vorschlugen. Im Zentrum stand das Postulat, ein „Zwei-Wege-Modell“ für das Schulsystem zu etablieren, indem neben dem Gymnasium eine Integrierte Sekundarschule aufgebaut wird. Im zweiten Teil konfrontiere ich die Thesen mit der heutigen Realität und stelle die Frage, ob die vor einem Vierteljahrhundert formulierten Trendfortschreibungen und Entwicklungsprognosen richtig waren. Im dritten Teil schreibe ich die Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems auf der Basis des Jahres 2013 fort.*

*Schlüsselworte: Bildungspolitik, Schulsystem, Zwei-Wege-Modell, Gymnasium, Integrierte Sekundarschule*

## **Theses on the Development of the Education System within the Next 20 Years**

Check and Updating of the Theses in “Die Deutsche Schule” in 1988

### **Abstract**

*In an article published in the journal “Die Deutsche Schule” in 1988, i.e. 25 years ago, I put up “Theses on the Structural Development of the Education System within the Next Five to Ten Years” for discussion. In the first part of this article, I will summarize the essence of these theses and explain the central statements on structural developments. These theses not only had a declaratory character intended to evaluate existing trends and forecast future developments, but were also normative statements containing recommendations for action to be taken in educational policy and proposing a reaction to the expected trends. The core postulation was the establishment of a “two-way-model” in the educational system by building up an integrated secondary school in addition to the “Gymnasium” (academic high school). In the second part of this article, I will confront these theses with today’s reality and ask the question of whether the trends and development forecasts described 25 years ago were correct. In the third part, I will update the theses on the structural development of the educational system based on the facts of 2013.*

*Keywords: education policy, education system, two-way-model, Gymnasium, integrated secondary school*

### **1. Zusammenfassung der Thesen aus dem Jahr 1988**

Die im Jahr 1988 aufgestellten Thesen (vgl. Hurrelmann 1988) bezogen sich auf einen Teilbereich des Bildungssystems, nämlich den Sekundarbereich der Ausbildungsjahrgänge 5 bis 13. Sowohl der Elementar- als auch der Primar-, der Tertiär- und der Quartärbereich des Bildungssystems (also der Vorschul-, Grundschul-, Hochschul- und Weiterbildungssektor) wurden ausgeklammert. Diese Akzentsetzung spiegelte die Diskussion der 1970er- und 1980er-Jahre wider, die ganz überwiegend auf das weiterbildende Schulsystem in der alten Bundesrepublik Deutschland fixiert war (vgl. von Friedeburg 1989; Rösner 2007). Die Annahme war weit verbreitet, für die künftige Entwicklung der gesamten Gesellschaft sei der Sekundarsektor des Bildungssystems der bei weitem entscheidende, weil in ihm die Weichenstellungen für die künftigen Schul- und Berufskarrieren des gesellschaftlichen Nachwuchses mit einer maßgeblichen Verteilung der Zukunftschancen erfolgten (vgl. Geissler/Weber-Menges 2010).

## 1.1 Trendeinschätzungen und Prognosen des Bildungsverhaltens

Die Thesen aus dem Jahr 1988 bestehen in einem ersten Teil aus Einschätzungen von künftigen Trends und Prognosen von Entwicklungen im Bildungsverhalten (vgl. Hurrelmann 1988, 1. bis 9. These, S. 452-456). Die Essenz dieser Thesen lässt sich mit den folgenden vier Aussagen zusammenfassen:

1. Die wichtigste Veränderung im Bildungsverhalten in den vergangenen Jahren ist die starke Orientierung an mittleren Abschlüssen und vor allem am Abitur. In den zurückliegenden 20 Jahren haben sich die Anteile der Abschlüsse der Hochschulreife ebenso wie die der Mittleren Reife vervierfacht. Dieser Trend wird ungebrochen weiter anhalten.
2. In allen Bundesländern, unabhängig von der politischen Zusammensetzung ihrer Regierungen, hat von der verstärkten Nachfrage nach anspruchsvollen Bildungsabschlüssen am deutlichsten die Schulform Gymnasium profitiert. Einen Zuwachs können auch Gesamtschulen verzeichnen, in kleinerem Umfang Realschulen. Demgegenüber hat die Schulform Hauptschule stark an Zuspruch verloren. Ihre Schülerschaft halbierte sich von 1965 bis 1988 von etwa 70 auf 35 Prozent. Dieser Trend wird weiter anhalten.
3. In allen Bundesländern ist das Gymnasium auf dem Weg zu einer Eliteschule für die oberen und mittleren Sozial- und Bildungsschichten der Bevölkerung. Die treibende Kraft für diese Entwicklung sind die Eltern. Sie reagieren damit in erster Linie auf die veränderte Chancenstruktur am Arbeitsmarkt und die neuartigen Berufsanforderungen, die komplexes Denken und qualifizierte Fähigkeiten verlangen. Dieser Trend wird weiter anhalten.
4. Vom höchsten Abschluss des Schulsystems, dem Abitur, erwarten die Eltern, dass er ihre Kinder am besten auf diese Anforderungen vorbereitet. Die Eltern treffen entsprechend die Wahl der weiterführenden Schule nach der Grundschule unter instrumentellen Gesichtspunkten. Gefragt wird, zu welchem Abschluss eine Schulform führt; vergessen wird, welches pädagogische Programm und welches Unterrichtskonzept eine Schulform kennzeichnet. Der von der Mehrheit der Eltern gewünschte Abschluss ist das Abitur, weil er als das am besten und am vielfältigsten verwertbare Zertifikat angesehen wird. Das Gymnasium wird als diejenige Schulform angesehen, die selbstverständlich und ohne Umwege zu diesem ersehnten Zertifikat führt. Dieser Trend wird anhalten.

## 1.2 Handlungsempfehlungen an die Bildungspolitik

Der zweite Teil der Thesen zur Entwicklung des Bildungssystems formulierte Handlungsempfehlungen an die Bildungspolitik in den damals zehn Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin, die als angemessene Schlüsse aus den dargestellten Trendeinschätzungen und Prognosen des Bildungsverhaltens abge-

leitet wurden (vgl. Hurrelmann 1988, 10. bis 14. These, S. 458-461). Im Kern handelte es sich dabei um die folgenden Aussagen:

1. Da die Mehrheit der Eltern nicht für eine radikale Veränderung der Struktur des Sekundarschulwesens in Richtung einer gemeinsamen integrierten Mittelstufe oder einer Verlängerung der Grundschulzeit für alle Schülerinnen und Schüler zu gewinnen ist und da der überwiegende Teil der Eltern an der Schulform Gymnasium festhalten möchte, sollten aussichtreiche bildungspolitische Strategien von der Erhaltung einer eigenständigen Schulform Gymnasium in der Sekundarstufe des Bildungssystems ausgehen.
2. Alle Versuche, den Zugang zu den Gymnasien durch restriktive Maßnahmen zu drosseln, sind auf Dauer ebenso aussichtslos wie alle Ansätze, die Hauptschulen durch bessere Personalausstattung und andere Ressourcenaufstockungen für die Eltern wieder attraktiver zu machen. Es sollte deshalb auch nicht das Ziel der Bildungspolitik sein, bei der Auswahl weiterführender Schulen einen Kontrollmechanismus gegenüber dem Elternwillen zu errichten. Vielmehr sollte es darum gehen, durch Strukturmaßnahmen ein Schulangebot sicherzustellen, das den Elternwünschen gerecht wird und ihren Kindern optimale Lernbedingungen bietet.
3. Eine weiterhin organisatorisch eigenständige Hauptschule in der Sekundarstufe ist unter den gegebenen Umständen in Gefahr, zu einer Restschule für soziale und ethnische Minderheiten zu verkümmern, obwohl die Lehrkräfte an diesen Schulen hervorragende Arbeit leisten. Wie in keiner anderen Schulform haben die Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen die Fähigkeit entwickelt, erzieherische Konzeptionen und didaktische Methoden einzusetzen, die nicht nur durch den Unterrichtsgegenstand definiert sind, sondern zugleich auf die jeweiligen individuellen Lern-, Motivations- und Arbeitsstile der Schülerinnen und Schüler Rücksicht nehmen. Wenn es gelingt, diese wichtigen Bestandteile des pädagogischen Erbes der Hauptschulen zu wahren, dann muss der Niedergang der Organisationsform Hauptschule für das Schulsystem insgesamt nicht von Nachteil sein.
4. Eine Integration der Schulformen Hauptschule und Realschule zu einer neuen Mittelschule stellt keine dauerhafte Lösung für die – in einer demokratischen Gesellschaft nicht hintergehbaren – Elternwünsche dar, weil sie die Orientierung der Eltern an den Schulabschlüssen nicht aufnehmen kann. Nur wenn diese Mittelschulen auch eine eigene Oberstufe führen, die eine Ausbildung bis zum Schulabschluss Abitur anbietet, können sie sich dauerhaft etablieren.
5. In dieser Ausgangssituation ergibt sich als Herausforderung und Chance einer an den Elternwünschen orientierten Bildungspolitik, neben dem Gymnasium die bisherigen Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu einer Schulform in der Sekundarstufe auszubauen, die alle Bildungsabschlüsse anbietet. Hierbei kann an die Erfahrungen der integrierten Gesamtschulen mit eigener Oberstufe angeknüpft werden. Das weiterführende Schulsystem in Deutschland sollte zu einem „Zwei-Wege-Modell“ umgebaut werden, das eine „Integrierte Sekundarschule“ als pädagogische Alternative zum Gymnasium vorhält, die alle Abschlüsse des

Bildungssystems einschließlich des Abiturs anbietet. Die Integrierte Sekundarschule sollte ein anderes Arbeits- und Lernprofil als das Gymnasium haben und damit ihre Schülerschaft auf – im Vergleich mit dem Gymnasium – alternativen pädagogischen Wegen zu formal gleichwertigen Abschlüssen führen. Die Integrierte Sekundarschule sollte die Traditionen der Hauptschulen und Realschulen aufnehmen, projektorientiert und erfahrungs- und handlungsbezogen zu unterrichten und theoretisches mit praktischem Lernen zu verbinden. Um dieses Ziel umsetzen zu können, sollten die Integrierten Sekundarschulen als Ganztagschulen gestaltet werden.

6. Der Schritt zu einem Zwei-Wege-Modell des Schulsystems sollte sehr schnell, möglichst innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre erfolgen, um noch einen Gegenpol zum expandierenden Gymnasium zu bilden. Wird die Etablierung der Integrierten Sekundarschulen zeitlich zu lange aufgeschoben, hat das Wachstum des Gymnasiums eine derartige Dynamik erreicht, dass keine alternative Schulform mehr aufgebaut werden kann, die den Elternwünschen gerecht werden kann.

## **2. Überprüfung der Thesen an der Realität des Jahres 2013**

Unterziehen wir diese Thesen einem Realitäts-Check und fragen, ob, in welcher Ausprägung und in welchem Ausmaß sie im Jahr 2013 die tatsächlichen Sachverhalte abbilden: Wurden die Trendeinschätzungen und Prognosen des Bildungsverhaltens richtig vorhergesagt und wurden die Handlungsempfehlungen tatsächlich umgesetzt?

Als Orientierungsmaßstab werden dazu im Wesentlichen die Daten des aktuellsten Bildungsberichts der Autorengruppe Bildungsberichterstattung herangezogen, der im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt wird (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012).

### **2.1 Überprüfung der Trendeinschätzungen und Prognosen des Bildungsverhaltens**

1. Die Aussagen, die wichtigste Veränderung im Bildungsverhalten sei die starke Orientierung an mittleren Abschlüssen und vor allem am Abitur und dieser Trend werde ungebrochen weiter anhalten, haben sich voll bestätigt. Im Jahr 2010 erwarben 34 Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung die Allgemeine Hochschulreife, 15 Prozent die Fachhochschulreife (zusammen also 49 Prozent), 53 Prozent den Mittleren Abschluss und 25 Prozent den Hauptschulabschluss. Das bedeutet gegenüber 1988 eine Steigerung von Abschlüssen mit Hochschulreife um fast 20 Prozentpunkte und einen Rückgang der Hauptschulabschlüsse um ungefähr den

- gleichen Wert. Mit großer Gleichmäßigkeit und konstantem Tempo stiegen die Anteilswerte für die beiden höchsten Schulabschlüsse kontinuierlich weiter an. Das galt ab 1990 auch für die fünf ostdeutschen Bundesländer und Ostberlin (vgl. ebd., S. 95).
2. Der Trend, wonach in allen Bundesländern, unabhängig von der politischen Zusammensetzung ihrer Regierungen, von der verstärkten Nachfrage nach anspruchsvollen Bildungsabschlüssen am deutlichsten die Schulform Gymnasium profitiert hat, ist ungebrochen. Obwohl die Landesregierungen mit unterschiedlichen Strategien versucht haben, Haupt- und Realschulen aufzuwerten und/oder Gesamtschulen intensiv zu fördern, um den Zugang zum Gymnasium zu drosseln, hat es überall einen Zuwachs der Schüleranteile an dieser Schulform gegeben. Das gilt sowohl in den west- als auch in den ostdeutschen Bundesländern (vgl. ebd., S. 69).
  3. Die Prognose, wonach das Gymnasium auf dem Weg zu der bevorzugten, weil als ihrem sozialen Status angemessen empfundenen, elitären Schulform für die oberen und mittleren Sozial- und Bildungsschichten der Bevölkerung sei, hat sich bestätigt. Zwar haben vom Anstieg der Gymnasialbeteiligung insgesamt alle sozioökonomischen Statusgruppen profitiert; auch ging er eindeutig auf Kosten der Anteile der Schülerschaft an Haupt- und Realschulen. Der Zuwachs der Anteile von Schülern und Schülerinnen aus gehobenen sozialen Schichten ist aber per Saldo höher als der aus den anderen Gruppen. Je höher eine Familie auf der Leiter sozialer Privilegien steht, desto selbstverständlicher ist für ihre Kinder der Besuch des Gymnasiums (vgl. ebd., S. 69, 211).
  4. Schließlich lässt sich auch die Aussage bekräftigen, dass die Eltern vom höchsten Abschluss des Schulsystems, dem Abitur, am ehesten erwarten, dass es ihre Kinder auf die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen vorbereitet. Das Gymnasium wird nach wie vor von den Eltern als diejenige Schulform angesehen, die selbstverständlich und ohne Umwege zu diesem Zertifikat führt. Nach einer Erhebung der Vodafone Stiftung wünschen sich im Jahr 2011 66 Prozent der Eltern das Abitur für ihre Kinder (vgl. Vodafone Stiftung 2011). Neben dem Gymnasium haben nur solche Schulformen eine Anziehungskraft für Eltern von Schulkindern, die eine eigene Oberstufe führen und ebenso wie das Gymnasium das Abitur ohne einen Schulwechsel anbieten (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 69).

## 2.2 Überprüfung der Handlungsempfehlungen für die Bildungspolitik

Werfen wir einen Blick auf die zweite Gruppe der Thesen, die Handlungsempfehlungen an die Bildungspolitik formulierten:

1. Die Empfehlung an die Landesregierungen, von der Erhaltung einer eigenständigen Schulform Gymnasium in der Sekundarstufe auszugehen, hat sich als richtig erwiesen. Der Ausgang des viel beachteten Elternvotums im Bundesland

Hamburg im Jahr 2010, bei dem eine Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre abgelehnt wurde, hat das nachdrücklich und unübersehbar demonstriert. Die Mehrzahl der Eltern empfand die Verkürzung der Laufzeit des Gymnasiums offenbar als einen versteckten Angriff auf die Weiterexistenz dieser Schulform und signalisierte mit ihrem Votum, dass sie nicht für eine eingreifende Veränderung der Struktur des Sekundarschulwesens zu gewinnen sei. Nach diesem Votum hat keine der 16 Landesregierungen einen bildungspolitischen Vorstoß unternommen, der auch nur im Entferntesten als Schwächung des Status der Schulform Gymnasium oder gar ihre Abschaffung verstanden werden könnte. Das gilt auch für solche Landesregierungen, deren Parteien sich in ihren Programmen hierfür aussprechen, indem sie zum Beispiel für die Gemeinschaftsschule als alleinige Schulform plädieren. Das Gymnasium gilt gewissermaßen als politisch nicht antastbar (vgl. Tillmann 2011).

2. Alle Versuche, den Zugang zu den Gymnasien durch restriktive Maßnahmen zu drosseln und den Zugang zu den Hauptschulen durch bessere Personalausstattung und Aufstockung materieller Ressourcen zu steigern, haben sich – ganz im Sinne dieser Handlungsempfehlung – als aussichtslos erwiesen. Das Bundesland Bayern ist ein prominentes Beispiel für eine solche Politik. Sie hat dazu geführt, dass in diesem Bundesland die Übergangsquoten zum Gymnasium die niedrigsten und die Anteilswerte der Hauptschulen an der Schülerschaft die höchsten im ganzen Bundesgebiet sind. Den kontinuierlich anhaltenden Prozess des Wachstums der Gymnasialanteile und der Schrumpfung der Hauptschulanteile hat diese Politik aber nicht verhindern, sondern im Vergleich zu den anderen Bundesländern nur aufhalten und verzögern können (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 69; Bos/Müller/Stubbe 2010).
3. Wie stark unter den gegebenen Umständen eine weiterhin organisatorisch eigenständige Hauptschule in der Sekundarstufe in Gefahr ist, zu einer Restschule für soziale und ethnische Minderheiten zu verkümmern, hat die Entwicklung in den letzten 25 Jahren gezeigt. Auch die engagiertesten und professionell stärksten Kollegien haben es nicht vermocht, gegen den Trend der Verarmung des Anregungsmilieus anzugehen, der sich durch die sozial einseitige Zusammensetzung der Schülerschaft der Hauptschulen dann ergibt, wenn diese unter einen Anteil von 20 Prozent der Schülerschaft pro Jahrgang abfällt (vgl. Baumert/Stanat/Watermann 2006). In der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden ist das Beispiel der Rütli-Hauptschule in Berlin, deren Kollegium einen offenen Brief an die Schulaufsicht geschrieben hatte, um auf die nicht zu bewältigenden Arbeitsbedingungen mit schwer ansprechbaren Schülerinnen und Schülern hinzuweisen. Nur in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern kommen Hauptschulen oder ihre Nachfolgeeinrichtungen (in Bayern „Mittelschulen“ genannt) noch auf einen Schüleranteil von über 20 Prozent (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 69), allerdings bei von Jahr zu Jahr kontinuierlich absinkenden Werten.

4. Alle Versuche, über eine Integration der Schulformen Hauptschule und Realschule zu einer neuen „Mittelschule“ den Trend zum Gymnasium aufzuhalten, haben keine dauerhaften Wirkungen erzielt. Die östlichen Bundesländer haben einen solchen Schritt meist gleich zum Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vorgenommen; in den westlichen Bundesländern erfolgte die Zusammenlegung des Hauptschul- und des Realschulbildungsganges in einen pädagogischen und organisatorischen Verbund vor allem nach 2000. Dafür ausschlaggebend waren unterschiedliche Anlässe: „Die Tendenz zur Reduktion der schulstrukturellen Mehrgliedrigkeit wird neben bildungspolitischen Zielen, der Finanzlage und dem Wahlverhalten der Eltern auch durch den demografisch bedingten Schülerzahlenrückgang beeinflusst. Vor allem in ländlich geprägten Kommunen konnten in den vergangenen Jahren vielerorts Schulstandorte wegen der Unterschreitung der Mindestzügigkeit bzw. -schülerzahl nicht aufrechterhalten werden“ (ebd., S. 68). Die Bezeichnung „Hauptschule“ gibt es inzwischen nur noch in wenigen Bundesländern. Zuletzt hat, wie schon erwähnt, entgegen seiner bisherigen Politik zur Verteidigung der Schulform Hauptschule, das Bundesland Bayern damit begonnen, diesen Schultyp in „Mittelschulen“ zu überführen. Aber: In allen Fällen hat diese Veränderung nicht dazu geführt, dass die Attraktivität des Gymnasiums zurückgegangen ist.

### **2.3 Politische Umsetzung des Zwei-Wege-Modells**

1. Die Empfehlung, das weiterführende Schulsystem zu einem „Zwei-Wege-Modell“ umzubauen und alle weiterführenden Schulformen neben dem Gymnasium zu einer Integrierten Sekundarschule mit eigener Oberstufe zusammenzufassen, an der alle Abschlüsse des Bildungssystems einschließlich des Abiturs erreicht werden können, fand nach der Publikation in der Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ im Jahr 1988 zunächst keine positive Resonanz. Im Gegenteil wurde diese Empfehlung in Wissenschaft, Politik und Praxis mit Ablehnung, teilweise mit Empörung zurückgewiesen. Die Zeitschrift „Die Deutsche Schule“ veröffentlichte direkt im Anschluss an meinen Artikel in ihrer nächsten Ausgabe kritische Stellungnahmen von Klaus Klemm, Hans-Günter Rolff, Andreas Gruschka, Günter Rüdell, Ursula Dörger und Christa Lohmann, in denen das Zwei-Wege-Modell unter anderem als völlig inakzeptabler Schritt zur Verfestigung von Bildungsgängen und als Rückfall in statische Begabungstheorien geradezu abgekanzelt wurde. In der Politik hatten die sich seit den 1970er-Jahren verbittert und feindlich gegenüberstehenden Lager aus CDU/CSU und SPD nicht das geringste Interesse, aus dem Glaubenskrieg um das „richtige“ Schulsystem auszusteigen.

Erst im Zuge der Verhandlungen zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten änderte sich diese Ausgangslage. In einem „Offenen Brief“ an die Kultusministerinnen und -minister der 16 Bundesländer, der in der ZEIT unter der

Überschrift „Zwei Schulen für das eine Deutschland“ veröffentlicht wurde (vgl. Hurrelmann 1991), plädierte ich dafür, sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern das Zwei-Wege-Modell einzuführen und damit der Anforderung des Grundgesetzes an „einheitliche Lebensverhältnisse“ in den föderalen Staaten gerecht zu werden. Der Offene Brief hat mit bewirkt, dass in allen fünf „neuen“ ostdeutschen Bundesländern von Anfang an auf die Einführung der Schulform Hauptschule und in einigen auch der Schulform Realschule verzichtet wurde (vgl. Hurrelmann 2007).

Integrierte Sekundarschulen mit eigener Oberstufe aber, die dem Konzept des „Zwei-Wege-Modells“ entsprechen, entstanden erst in den 2000er-Jahren. Dazu heißt es im Bildungsbericht: „Viele der in jüngerer Zeit eingeführten Schularten: Integrierte Sekundarschule (Berlin), Oberschule (Brandenburg, Bremen und teilweise Niedersachsen), Stadtteilschule (Hamburg) sowie Gemeinschaftsschule (Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und künftig Baden-Württemberg) bieten neben dem Haupt- und Realschulbildungsgang auch den Gymnasialzweig an und können eine Gymnasiale Oberstufe einrichten. In der Mehrzahl der Länder setzt sich damit der Trend zu einem ‚Zwei-Säulen-Modell‘ fort, bei dem neben dem Gymnasium (mit dem Abitur nach 12 Jahren) nur noch eine Schulart mit mehreren Bildungsgängen bzw. Integrierte Gesamtschule (zum Teil mit dem Abitur nach 13 Jahren) steht“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012, S. 70). In den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Bayern gibt es zwar Schritte in Richtung einer Integrierten Sekundarschule in der Mittelstufe, allerdings ohne Einbezug der Oberstufe.

Ob sich in den Bundesländern, die das Zwei-Wege-Modell eingeführt haben, bereits eine Veränderung bei der Wahl des Gymnasiums abzeichnet, kann noch nicht gesagt werden. Eine solche Entwicklung erscheint aber durchaus möglich: „Betrachtet man allerdings die Aufteilung der Schülerströme nach der Grundschulzeit im Schuljahr 2010/11, so gibt es in einigen Ländern erstmals stagnierende oder leicht rückläufige Übergangsquoten zum Gymnasium“ (ebd.). Es ist zu vermuten, dass sich die Trendwende erst dann wirklich durchsetzen kann, wenn auch die Empfehlungen zur inhaltlichen Gestaltung der Integrierten Sekundarschulen umgesetzt werden und diese Schulen nach einem projektorientierten, auf Erfahrungslernen aufbauenden pädagogischen Programm im Rahmen von Ganztagsarrangements arbeiten. Die bisherigen Umsetzungen sind noch durch Improvisation und Personal- und Organisationsmängel gekennzeichnet.

Wie positiv das Zwei-Wege-Modell heute, 25 Jahre nach seiner umstrittenen Proklamierung, bewertet wird, lässt sich daran ablesen, dass es kaum noch von einem Wissenschaftler angegriffen und kritisiert wird (vgl. Geissler/Weber-Menges 2010; Maaz u.a. 2004; Rösner 2009). Auch im politischen Raum hat es unge-

ahnte Resonanz und Unterstützung gefunden. Die CDU sprach sich auf ihrem Bundesparteitag Mitte 2011 ausdrücklich „für eine Reduzierung der Schulformen und die Einführung des Zwei-Wege-Modells in allen Ländern“ aus und legte fest: „Neben dem Gymnasium ist die Oberschule ein weiterer und gleichwertiger Bildungsweg, der Hauptschule und Realschule in sich vereint und einen Weg entweder in die berufliche Bildung oder zur allgemeinen Hochschulreife eröffnet“. Faktisch, wenn auch noch nicht programmatisch, hat sich auch die zweite große Volkspartei, die SPD, von ihrer bisherigen Festlegung auf die Einheitsschule, die inzwischen als „Gemeinschaftsschule“ bezeichnet wird, gelöst.

Damit sind die noch bis in die 1990er-Jahre hinein völlig verfestigten und ideologisch gefärbten Positionen der einstigen schulpolitischen Kontrahenten obsolet geworden. Vor allem die Positionsänderung der CDU lässt hoffen, dass die Zeiten des dreigliedrigen Schulsystems in Deutschland bald überwunden sein werden und die Abschlussperspektiven der Grundschul Kinder nicht mehr durch die frühe „soziale Entmischung“ in unterschiedlichen Schulformen mit unterschiedlichen Abschlusszielen bestimmt werden (vgl. Baumert/Maaz 2010; Bellenberg/im Brahm 2010; Solga 2005). Langfristig kann erwartet werden, dass durch die Hinwendung zum Zwei-Wege-Modell auch die in Deutschland nach wie vor große Leistungsungleichheit der Schulabsolventen und -absolventinnen unterschiedlicher sozialer Herkunft und die damit einhergehende Konsolidierung der bestehenden sozialen Schichtung überwunden werden.

2. Die Empfehlung, den Schritt zum Zwei-Wege-Modell schnell vorzunehmen, damit die Integrierte Sekundarschule noch genügend Zeit hat, um sich große Anteile der Schülerströme zu sichern und damit einen pädagogisch-programmatischen Gegenpol zum Gymnasium zu bilden, wurde nicht umgesetzt. Die 1988 formulierten Thesen haben sich zwar, wie die vorangehende Analyse gezeigt hat, im Großen und Ganzen als realistische Trendbeschreibungen und Prognosen erwiesen. Auch die Kernrichtung der Handlungsempfehlungen, auf ein Zwei-Wege-Modell umzustellen, wurde aufgenommen. Aber: Der Zeithorizont von „fünf bis zehn Jahren“, der im Titel des Artikels angegeben wurde, hat sich als unrealistisch kurz erwiesen. Weil alle angesprochenen Schritte politisch, pädagogisch und organisatorisch erheblich komplexer als erwartet waren und in einer zunächst bildungspolitisch tief zerstrittenen Parteienlandschaft mit einer filigranen föderalen Struktur (vgl. Schultz/Hurrelmann 2012) umgesetzt werden mussten, kamen die Reformschritte erst in den 2000er-Jahren allmählich voran. Durch diese Verzögerung sind in der Zwischenzeit die Schülerströme zum Gymnasium ständig weiter angewachsen. In einigen städtischen Regionen mit Übergangsquoten von 70 Prozent eines Jahrgangs in diese Schulform gibt es aus diesem Grund nur noch einen kleinen Spielraum für die Entwicklung eines Zwei-Wege-Modells, das diesen Namen verdient, weil sich zwei gleichgewichtige Schulformen gegenüberstehen.

### **3. Fortschreibung: Thesen zur Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten 20 Jahren**

Im letzten Teil dieses Beitrags werden aus der Perspektive des Jahres 2013 Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems in Deutschland formuliert. Im Unterschied zum Jahr 1988 wird dabei neben der nach wie vor wichtigen Gestaltung des Sekundarsektors des Bildungssystems auch die der übrigen Sektoren thematisiert. Aus heutiger Sicht kommt allen Sektoren des Bildungssystems, also dem Elementarbereich ebenso wie dem Primar-, Sekundar-, Tertiär- und Quartärbereich das gleiche bildungspolitische Gewicht zu. Eine einseitige Weiterentwicklung des Sekundarbereiches wäre unzureichend. Diese Erkenntnis ist maßgeblich auf die enormen Fortschritte der Bildungsforschung in den letzten 25 Jahren zurückzuführen, die übereinstimmend für eine umfassende Strategie für alle Sektoren des Bildungssystems sprechen (vgl. Allmendinger/Nikolai 2010; Hurrelmann/Quenzel/Rathmann 2011). Die Bildungsforschung macht auch deutlich, wie langfristig politische Änderungen angegangen werden müssen, um sich gegen bestehende Traditionen und Machtstrukturen durchsetzen zu können (vgl. Hega/Hokenmaier 2002). Aus diesem Grund wurde für die Neuformulierung der Thesen der Zeitraum der vorausliegenden 20 Jahre anvisiert.

#### **3.1 Trendeinschätzungen und Prognosen des Bildungsverhaltens**

Was den Komplex von Trendeinschätzungen und Prognosen angeht, kann ich zum Teil direkt an die Ausführungen aus dem Jahr 1988 anschließen:

1. Für das gesellschaftliche und berufliche Leben wird die Bildung der Bevölkerung zu einem immer wichtigeren Gut. Der Bildungsstand entscheidet maßgeblich über den Grad der wirtschaftlichen Produktivität, des Wohlstands, der Harmonie des sozialen Zusammenlebens, der Intensität der politischen Partizipation und der Gesundheit der Bevölkerung eines Landes. Für das einzelne Gesellschaftsmitglied spielt die Höhe der individuellen Bildung eine entscheidende Rolle für die berufliche Karriere, das Einkommen, die Lebensqualität sowie das Wohlbefinden und die Gesundheit (vgl. Piopiunik/Wößmann 2010). Aus diesem Grund wird auch in den nächsten beiden Jahrzehnten das Bildungsverhalten der jungen Generation durch eine kontinuierlich steigende Orientierung am höchsten Schulabschluss, dem Abitur, gekennzeichnet sein. Gleichzeitig werden anspruchsvolle berufliche Ausbildungsabschlüsse und immer stärker auch Hochschulabschlüsse an Bedeutung gewinnen. Die Nachfrage nach hohen Bildungsqualifikationen und -zertifikaten wird also kontinuierlich weiter ansteigen.
2. Diese hohe Nachfrage wird sich immer mehr schon auf die Bildungsangebote für Kinder in ihren ersten Lebensjahren konzentrieren, weil den Eltern bewusst

wird, wie wertvoll eine frühe Förderung der Kompetenzen ihres Nachwuchses ist. Schon im Elementar- und Primarbereich verstärkt sich daraufhin die Suche nach qualitätsreichen Bildungsangeboten und -institutionen. In der Sekundarstufe haben nur solche Schulformen eine Zukunft, die einen direkten Weg zum Abitur anbieten und dazu eine eigene Oberstufe führen. Neben dem Gymnasium sind das Schulformen, die auf einem alternativen pädagogischen Weg zum Abitur führen und eine intensive individuelle Lernförderung anbieten.

3. Das Gymnasium wird von den Eltern der sozialen Mittel- und Oberschichten, die in Bildungsfragen die Meinungsführer der gesamten Elternschaft sind, weiterhin als die Schule der ersten Wahl für die Verwirklichung der Wünsche auf Stuserhalt und -steigerung für die eigenen Kinder wahrgenommen werden. In dem Maße aber, wie Integrierte Sekundarschulen ein reichhaltiges Lern- und Entwicklungsprogramm, eine eigene Oberstufe und ein gut ausgebautes Ganztagskonzept aufweisen können, werden sie als attraktive Alternative eingeschätzt.
4. Wegen der zunehmenden Anteile von berufstätigen Müttern und Vätern steigt die Nachfrage der Eltern nach Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangeboten für ihre Kinder von deren Geburt an. Parallel dazu steigt das Bedürfnis der Kinder, ihren eigenen Bildungsweg aktiv mitgestalten zu können. Entsprechend wächst der Bedarf an gut aufeinander abgestimmten Bildungsinstitutionen, die Kinder und Jugendliche durch ihre gesamte Entwicklungszeit bis zum Berufseintritt begleiten.

### **3.2 Aus diesen Trendeinschätzungen ergeben sich die folgenden Empfehlungen für bildungs- und schulpolitische Strategien:**

1. Es besteht die reale Chance, durch die weitere allmähliche Umsetzung des Zwei-Wege-Modells die Zersplitterung des Sekundarschulwesens in Deutschland zu überwinden und die „einheitlichen Lebensverhältnisse“ im Bundesgebiet herzustellen, die das Grundgesetz anmahnt. Am wirkungsvollsten wäre dafür ein Staatsvertrag der 16 Bundesländer, in dem sie sich auf eine einheitliche Bezeichnung für die integrierten Sekundarschulen und auf Standards für die Schulabschlüsse einigen, die an den beiden weiterführenden Schulen vergeben werden können. Auch wenn ein solcher Staatsvertrag nach dem Modell des Hamburger Abkommens von 1964, als bundeseinheitlich die „Hauptschule“ eingeführt wurde (vgl. Kultusministerkonferenz 1964), nicht zustande kommen sollte, sind aus heutiger Sicht Alternativen zum Entwicklungspfad des Zwei-Wege-Modells nicht erkennbar. Die Umsetzung des Zwei-Wege-Modells wird in keinem Bundesland negative Auswirkungen haben, die neue bildungspolitische Kontroversen nach sich ziehen. Im Gegenteil: Bundesländer mit einem Zwei-Wege-Modell werden es leichter haben, einen schulpolitischen Frieden herzustellen als andere (vgl. Lohmann 2009).
2. Eine Fixierung der Reform des Bildungssystems auf die Sekundarstufe des Schulsystems erweist sich als unzureichend. Sollen der Bildungs- und Kompetenzstand der jungen Generation so hoch wie möglich und die Ungleichheit der

Bildungsqualität in Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft so klein wie möglich sein, sollte die Bildungspolitik sorgfältig mit der Sozial- und Familienpolitik abgestimmt werden (vgl. Allmendinger/Nikolai 2010). So sollten ein möglichst hoher Anteil von Kindern in den vorschulischen Bildungseinrichtungen und ein möglichst langer Aufenthalt der Kinder in diesen Einrichtungen bei gleichzeitig guter Erziehungspartnerschaft mit den Eltern angestrebt werden. Die Übergänge zwischen den einzelnen Stufen des Bildungssystems (Elementar-, Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich) sollten organisatorisch und inhaltlich genau abgestimmt werden.

3. Im vorschulischen Bereich benötigt Deutschland nach internationalem Vorbild ein flächendeckendes Netz von Einrichtungen zur Ergänzung der Familienerziehung und zur Vorbereitung auf die Grundschule. Das Fachpersonal in diesen Einrichtungen sollte eine akademisch angereicherte Ausbildung erhalten, um den hohen Anforderungen an Lernimpulse in den ersten Lebensphasen gerecht zu werden. Die Verzahnung der Elementarausbildung mit der Grundschulausbildung sollte schnellstens hergestellt werden, um einen in sich stimmigen und harmonisch aufeinander aufbauenden Bildungsprozess in den ersten zehn Lebensjahren eines Kindes zu ermöglichen. Starke Investitionen in die frühkindliche Bildung können den Einfluss der sozialen Herkunft des Elternhauses relativieren. Ein Umsteuern in diesem Politikbereich ist dringend, aber auch schwierig, weil damit eine Abkehr von dem in Deutschland tief verankerten Prinzip der alleinigen Verantwortung der Familien für die Erziehung der Kinder verbunden ist (vgl. Hurrelmann 2012; OECD 2012).
4. Neben der Höhe der öffentlichen Investitionen in das Bildungssystem und einer möglichst frühen, nachhaltigen und auf Chancengleichheit ausgerichteten Lernförderung spielen die organisatorischen Strukturen der Bildungseinrichtungen eine sehr wichtige Rolle für den Erfolg eines Bildungssystems (vgl. Hofman u.a. 2004). Nach den Ergebnissen dieser international vergleichenden Studie ist es nicht allein die absolute Höhe der finanziellen Mittel, die in das Bildungssystem investiert werden, die über den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler entscheidet. Mindestens ebenso wichtig ist die Sicherheit und Zuverlässigkeit der finanziellen Ressourcen einer Bildungsinstitution. Das spricht für eine gut abgesicherte Basisfinanzierung für alle Bildungsinstitutionen aus öffentlichen Mitteln, ergänzt um eine aufgabenbezogene Zuwendung je nach Schwierigkeit der pädagogischen Arbeit.
5. Die Finanzierung von Bildungseinrichtungen allein aus privaten Finanzquellen erweist sich als wenig zielführend. Dieses Geld geht überwiegend in Privatschulen und -hochschulen, die im Vergleich zu öffentlichen Schulen durchschnittlich bessere Untersuchungsergebnisse im Hinblick auf die Schüler- und Studentenleistungen allein deshalb erzielen, weil sie bildungsnahe und sozial statushohe Bevölkerungsgruppen anziehen (vgl. Hofman u.a. 2004). Für das Bildungssystem insgesamt ist das Ergebnis aber nicht vorteilhaft, weil auf diese Weise eine soziale und leistungsmäßige Spaltung der Schüler- und Studentenschaft eintritt. Günstig ist hingegen

eine Mischfinanzierung, die aus einer starken Basisfinanzierung aus öffentlichen Quellen und einer anteilmäßig kleineren aus privaten besteht. Dieses Modell, das den bisherigen „Ersatzschulen“ in Deutschland bereits überwiegend zugrunde liegt, sollte weiter ausgebaut und auch auf den Hochschulsektor übertragen werden. Solche mischfinanzierten Bildungseinrichtungen üben eine stimulierende Wirkung für den Wettbewerb um leistungsfähige Schülerinnen und Schüler und Studierende aus. Die finanziellen Ressourcen müssen im Idealfall in Bereiche fließen, in denen die eigentlichen pädagogischen Leistungen erbracht werden, so dass auf diesem Weg die erfolgreichen Bildungsinstitutionen belohnt werden.

6. Alle Bildungseinrichtungen, unabhängig davon, ob sie ausschließlich öffentlich oder teilweise privat finanziert werden, sollten einen hohen Grad an organisatorischer und rechtlicher Eigenständigkeit erhalten. „Autonome“ Bildungsinstitutionen haben einen Vorteil: Sie besitzen in der Regel eine flexibel auf ihre „Klienten und Klientinnen“, die Schüler und Schülerinnen, die Studierenden sowie deren Eltern, ausgerichtete Organisation und eine moderne, handlungsfähige Leitungsstruktur. Diese Merkmale erweisen sich als förderlich für das Erreichen der beiden Ziele Bildungsqualität und Bildungsgleichheit, weil maßgeschneidert auf die Bedarfe und Bedürfnisse der Klientel eingegangen werden und die Elternpartizipation erhöht werden kann (vgl. Hofman u.a. 2004). Auf diese Weise können sich Bildungsinstitutionen zu „pädagogischen Dienstleistungseinrichtungen“ wandeln: Ihre Aufgabe sollte es sein, jeweils flexibel auf die Ausgangssituation ihrer Klientel einzugehen. Auch die Umfeld-Bedingungen der Einrichtungen können so stärker berücksichtigt werden, etwa die Struktur des Arbeitsmarktes mit seinen Gegebenheiten für die Aufnahme von Absolventinnen und Absolventen.
7. Mit dieser Entwicklung sollte ein pädagogischer Paradigmenwechsel verbunden sein: Die heute vorherrschende starre Angebotsorientierung von Lernprogrammen sollte in eine Nachfrageorientierung umgewandelt werden. Eine bestehende Schulform (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) zum Beispiel ist heute in ihrer Programmatik fixiert und nimmt nur diejenigen Schülerinnen und Schüler auf, die nach ihrem Lernprofil dieser Programmatik entsprechen. Gelingt es einem Schüler oder einer Schülerin nicht, dem Lernprofil etwa des Gymnasiums zu entsprechen, dann wird er oder sie von dieser Schulform verwiesen. Die Angebotsorientierung regt kaum Aktivitäten im didaktischen und unterrichtlichen Bereich an, die auf eine Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Lernprofilen oder Lernschwierigkeiten gerichtet sind. Soll das Schulsystem aber seine Klientel je nach individuellen Kompetenzen optimal fördern, ist eine Nachfrageorientierung notwendig, bei der jede Schule eine genaue Bestandsaufnahme vornimmt, mit welchen Voraussetzungen Schülerinnen und Schüler jeweils in den Bildungsgang eintreten und welche individuell zugeschnittenen Unterstützungen und Förderungen sich hieraus ergeben. Diese Forderung ergibt sich auch aus der bevorstehenden Einbeziehung der heutigen Schülerinnen und Schüler an Förderschulen in die anderen Schulformen („Inklusion“).

8. Inhaltlich sollte die konsequente Weiterentwicklung des Zwei-Wege-Modells angestrebt werden. Dieses Modell sollte über die Sekundarstufe I hinaus auch in der Sekundarstufe II und in den anschließenden Bildungsgängen fortgeführt werden. Neben der traditionellen gymnasialen Oberstufe sollten dafür die alternativen Oberstufenkonzepte der berufsbezogenen Schulformen ausgebaut werden. Dazu gehört auch die flexible Einbeziehung der dualen Berufsausbildung. Eine konsequente Umsetzung des Zwei-Wege-Modells sollte den Tertiärsektor voll mit einbeziehen, indem neben den Universitäten die heutigen Hochschulen, Fachhochschulen und Dualen Hochschulen zu einem integrierten und den Universitäten formal gleichwertigen Hochschultyp verbunden werden. Mit einer solchen Weiterentwicklung des Zwei-Wege-Modells hätte Deutschland im Anschluss an die Grundschule für sein Bildungssystem ein Konzept realisiert, das international absolut konkurrenzfähig wäre, aber auf der Tradition der hiesigen Bildungspolitik und den von ihr geschaffenen Strukturen aufbaut. Die Ansätze der beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung sollten nahtlos mit einbezogen werden.
9. In allen Sektoren des Bildungssystems sollten die interaktiven Informations- und Kommunikationsmedien gezielt eingesetzt werden. Durch eine systematische Teilnehmerorientierung sind direkte, individuelle Ansprachen und Lernprogramme möglich geworden. Zeitliche und örtliche Hindernisse der Bildungsnachfrage können überwunden werden. Zunehmend bilden sich neuartige methodisch-didaktische Lehr- und Lernformen heraus, bei denen in allen Bereichen des Bildungssystems dem Selbststudium ein viel größerer Stellenwert als bisher eingeräumt werden kann. Um diese Angebote gut erschließen zu können, sind alle Ansätze von Bildungsberatung und Bildungscoaching weiter auszubauen, um die Wahl- und Nutzerkompetenz der Lerner und Lernerinnen systematisch zu fördern.

## Literatur

- Allmendinger, J./Nikolai, R. (2010): Bildungs- und Sozialpolitik: Die zwei Seiten des Sozialstaates im internationalen Vergleich. In: Soziale Welt 61, H. 2, S. 105-119.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Bielefeld: Bertelsmann.
- Baumert, J./Maaz, K. (2010): Bildungsungleichheit und Bildungsarmut. In: Quenzel, G./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten. Wiesbaden: VS, S. 159-180.
- Baumert, J./Stanat, P./Watermann, R. (Hrsg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Wiesbaden: VS.
- Bellenberg, G./im Brahm, G. (2010): Reduzierung von Selektion und Übergangsschwellen. In: Quenzel, G./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten. Wiesbaden: VS, S. 517-536.
- Bos, W./Müller, S./Stubbe, T.C. (2010): Abgehängte Bildungsinstitutionen: Hauptschulen und Förderschulen. In: Quenzel, G./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten. Wiesbaden: VS, S. 375-398.
- Friedeburg, L. von (1989): Bildungsreform in Deutschland. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Geissler, R./Weber-Menges, S. (2010): Überlegungen zu einer behutsamen Perestroika des deutschen Bildungssystems. In: Quenzel, G./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden: VS, S. 557-584.
- Hega, G.M./Hokenmaier, K.G. (2002): The Welfare State and Education. A Comparison of Social and Educational Policy in Advanced Industrial Societies. In: *German Policy Studies/Politikfeldanalyse 2*, H. 1, S. 161-189.
- Hofman, R./Hofman W.H.A./Gray, J.M./Daly, P. (2004): *Institutional Context of Education Systems in Europe. A Cross-Country Comparison on Quality and Equity*. Dordrecht: Kluwer.
- Hurrelmann, K. (1988): Thesen zur strukturellen Entwicklung des Bildungssystems in den nächsten fünf bis zehn Jahren. In: *Die Deutsche Schule* 80, H. 4, S. 451-461.
- Hurrelmann, K. (1991): Zwei Schulen für das eine Deutschland. Offener Brief an die Konferenz der Kultusminister: Schafft eine einheitliche Schulstruktur für die neue Bundesrepublik! In: *Die Zeit* Nr. 45 vom 01.11.1991.
- Hurrelmann, K. (2007): Jetzt muss die bundeseinheitliche Schulreform kommen. Ein Zwei-Wege-Modell ist hierfür realistischer und berechenbarer als ein Radikalumbau. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 55, H. 3, S. 264-270.
- Hurrelmann, K. (2012): *Sozialisation. Das Modell der produktiven Realitätsverarbeitung*. Weinheim u.a.: Beltz.
- Hurrelmann, K./Quenzel, G./Rathmann, K. (2011): Bildungspolitik als Bestandteil moderner Wohlfahrtspolitik. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 31, H. 3, S. 313-327.
- Kultusministerkonferenz (1964): *Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens*. Hamburg: KMK.
- Lohmann, J. (2009): Ende des deutschen Sonderweges. In: *Vorgänge* 48, H. 4, S. 94-103.
- Maaz, K./Nagy, G./Trautwein, U./Watermann, R./Köller, O. (2004): Institutionelle Öffnung trotz bestehender Dreigliedrigkeit. Auswirkungen auf Bildungsbeteiligung, schulische Kompetenzen und Berufsaspirationen. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 24, H. 2, S. 146-165.
- OECD (2012): *Education at a Glance 2012. OECD Indicators*. Paris: OECD.
- Piopiunik, M./Wößmann, L. (2010): Volkswirtschaftliche Folgekosten unzureichender Bildung. In: Quenzel, G./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten*. Wiesbaden: VS, S. 463-473.
- Rösner, E. (2007): *Hauptschule am Ende*. Münster u.a.: Waxmann.
- Rösner, E. (2009): Auf dem Weg zum zweigliedrigen Schulwesen? In: *Pädagogik* 61, H. 1, S. 42-46.
- Schultz, T./Hurrelmann, K. (Hrsg.) (2012): *Bildung und Kleinstaaterei*. Weinheim u.a.: Juventa.
- Solga, H. (2005): *Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft. Die Erwerbchancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive*. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Tillmann, K.J. (2011): Das Sekundarschulsystem auf dem Weg in die Zweigliedrigkeit. In: *Pädagogik* 64, H. 5, S. 8-12.
- Vodafone Stiftung (2011): *Bildungsambitionen und Erziehungsziele von Eltern in Deutschland*. Berlin: Vodafone Stiftung.

*Klaus Hurrelmann*, Prof. Dr., geb. 1944, Senior Professor of Public Health and Education.

Anschrift: Hertie School of Governance, Friedrichstr. 180, 10117 Berlin  
E-Mail: hurrelmann@hertie-school.org